

3. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

Die Entwürfe der Kommunisten im Reichstag auf Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten haben die Brüningregierung und die Sozialdemokratie stets mit der Ausrede abgelehnt, daß Geldmittel für die Durchführung nicht vorhanden seien. Für die „Drift“ zugunsten der Großgrundbesitzer, hat diese Regierung 2 Milliarden Mark herausgeworfen, hunderte von Millionen an Subventionen für Trusts und Konzerne werden ausgegeben. Nur für Arbeitsbeschaffung ist „kein Geld da“. Dabei hat die kommunistische Partei durch ihre Reichstagsfraktion wiederholt die Möglichkeiten zur Finanzierung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgezeigt. Wir heben hervor:

1. Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke. Ein Betrag von 75,4 Milliarden für Reichswehr und Marine, 43,7 Milliarden für Aufstellungen, 41 Milliarden für offene und verdeckte Kühlungsausgaben.
2. Streichung aller Ausgaben für die militarisierte Polizei. Das Reich gibt dafür 190 Milliarden, die Länder etwa 700 Millionen aus.
3. Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten in öffentlichen Stellen, soweit sie den Betrag von 800 bzw. 6000 Mark jährlich übersteigen. Etwa 350 Millionen Mark würden dadurch frei werden.

4. Der Kampf für unseren Arbeitsbeschaffungsplan

Gegen diesen Plan der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für viele Millionen deutscher Arbeiter wird die Kapitalistenklasse verzweifelt kämpfen, weil es dabei keine Profite zu verdienen gibt. In diesem Kampfe werden die Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften an der Seite der imperialistischen und Vorkapitalisten stehen.

Das Millionenheer der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter in Deutschland wird mit uns aber einer Meinung sein, daß dieser Plan der einzige ist, der das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit mindern kann.

Die Politik der Brüningregierung steigert das Massenelend der Arbeitslosen ins Maßlose. Bei einer Erwerbslosigkeit von 1,8 Millionen 1926 wurden für die sogenannte werkschaffende Arbeitslosenfürsorge 400 Millionen Mark bereitgestellt. Im Jahre 1930 ist diese Summe auf 250 Millionen gekürzt und für 1931 sind weitere starke Kürzungen vorgenommen. Dazu kamen die schändlichen Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorge. Die Kapitalistenklasse und ihre Regierung läßt die Opfer ihrer Profitgier, ihres Unvermögens, ihrer Unmenschlichkeit bedenkenlos zugrunde gehen.

Zur Abwehr der rebellierenden Massen hat die Brüning-

4. Der Kampf für unseren Arbeitsbeschaffungsplan

regierung eine „Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ eingesetzt. Zwei Sachverständigenkommissionen liegen vor? Angehlich soll für einzelne Gewerbegebiete oder Berufe die Höchstzahl der regelmäßigen Arbeitsplätze auf 40 Stunden vergrößert werden. Die für die Arbeiter entscheidende Frage bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Frage des vollen Lohnausgleichs, wird von dieser imperialistischen Kommission wie folgt beantwortet:

„In der gegenwärtigen Krise erscheint ein Lohnausgleich, der zur Erhöhung der Beschäftigungslagen führen würde, im allgemeinen nicht tragbar.“

Dieses raffinierte Manöver findet selbstverständlich die Unterstützung der Sozialdemokraten. Willeit, der ehemalige Arbeitsminister, schrieb bereits in seinem Neujahrsartikel im „Vorwärts“:

Der Gedanke einer Arbeitsstreckung mit Lohnausgleich würde bei der heutigen Wirtschaftslage auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Soll die Arbeitsstreckung erfolgen, so kann sie nur bei entsprechender Verdienstreue erfolgen.“

Der Plan ist, das Lohnverhältnis der im Betrieb stehenden Arbeiter weiter zu kürzen, den direkten Lohnraub durch den indirekten zu ergänzen.

4. Der Kampf für unseren Arbeitsbeschaffungsplan

Die reformistischen Vererber der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind für die kapitalistische Ausbeutung und die Einführung des Young-Plans auf Kosten der deutschen Werktätigen; aber sie sind gegen den brüderlichen Kampfband der Beschäftigten und Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf gegen das ausbeuterische Kapital. Dieses Kampfband ist jedoch die Gewähr des Sieges über das imperialistische registrierte System. Dieses Kampfband wird die Junggeneration der Volkseinde durch die vereinte Massenmacht aller Werktätigen geschlossen. Die kommunistische Partei wandet sich daher an die Millionenmassen des deutschen Proletariats und alle werktätigen Männer in Stadt und Land, unabhängig ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, mit dem Kampfruf:

Kämpft gemeinsam mit uns für diesen Plan, der Millionen darbenenden Proletariern, Frauen und Kindern Arbeit und Brot schafft!

Mit Stolz fordern die Kommunisten das werktätige Volk auf, ihre Hilfe nach Sowjetrußland zu richten. In diesem Land der siegreichen Revolution, wo die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht in der Hand haben, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Dort ist eine gesunde Entwicklung des industriellen, sozialen und kulturellen Lebens. Dort ist der Siebenstundentag und die vierstündige Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich durchgeführt. Dort steigt der Reallohn des Arbeiters von Monat zu Monat.

Dort wird mit dem Aufbau des Sozialismus eine wirklich umfassende soziale Fürsorge auf Kosten des Sozialstaates für alle Arbeitenden geschaffen. Dieses leuchtende Beispiel der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das System der kapitalistischen Ausbeutung und Katastrophopolitik zeigt allen deutschen Werktätigen, daß der Weg aus dem Elend nur der Weg des rückwärtslosen revolutionären Klassenkampfes, nach dem Vorbild der russischen Arbeiter und Bauern, sein kann.

Deutsche Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land! Begreift, daß keine Parteilichkeit euch in diesem Kampf um Brot und Arbeit trennen darf. Wir rufen euch alle, von Betrieb und Kasse, von der Scholle und vom Bürokessel, zum gemeinsamen revolutionären Kampf für diesen Plan der Arbeit!

Begreift aber auch, daß ihr alle vom Kapital ausgebeutet und ausgebeutet werdet, daß nur der revolutionäre Massenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und ihre imperialistischen Verbündeten den darbenenden Millionen deutscher Arbeiter Brot und Arbeit bringen kann. Im Verlauf dieses Kampfes werden Millionen deutscher Arbeiter erkennen, daß der Kampf um Brot zu gleicher Zeit der Kampf um die Macht ist.

Sie werden ebenso erkennen, daß Kampf um Arbeit und Brot bedeutet: Kampf für Eroberung der Herrschaft des Proletariats, für den Sozialismus, für die Volksrevolution zur Errichtung eines Sowjetdeutschland!

Die reformistischen Vererber der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind für die kapitalistische Ausbeutung und die Einführung des Young-Plans auf Kosten der deutschen Werktätigen; aber sie sind gegen den brüderlichen Kampfband der Beschäftigten und Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf gegen das ausbeuterische Kapital. Dieses Kampfband ist jedoch die Gewähr des Sieges über das imperialistische registrierte System. Dieses Kampfband wird die Junggeneration der Volkseinde durch die vereinte Massenmacht aller Werktätigen geschlossen. Die kommunistische Partei wandet sich daher an die Millionenmassen des deutschen Proletariats und alle werktätigen Männer in Stadt und Land, unabhängig ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, mit dem Kampfruf:

Kämpft gemeinsam mit uns für diesen Plan, der Millionen darbenenden Proletariern, Frauen und Kindern Arbeit und Brot schafft!

Mit Stolz fordern die Kommunisten das werktätige Volk auf, ihre Hilfe nach Sowjetrußland zu richten. In diesem Land der siegreichen Revolution, wo die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht in der Hand haben, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Dort ist eine gesunde Entwicklung des industriellen, sozialen und kulturellen Lebens. Dort ist der Siebenstundentag und die vierstündige Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich durchgeführt. Dort steigt der Reallohn des Arbeiters von Monat zu Monat.

Dort wird mit dem Aufbau des Sozialismus eine wirklich umfassende soziale Fürsorge auf Kosten des Sozialstaates für alle Arbeitenden geschaffen. Dieses leuchtende Beispiel der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das System der kapitalistischen Ausbeutung und Katastrophopolitik zeigt allen deutschen Werktätigen, daß der Weg aus dem Elend nur der Weg des rückwärtslosen revolutionären Klassenkampfes, nach dem Vorbild der russischen Arbeiter und Bauern, sein kann.

Deutsche Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land! Begreift, daß keine Parteilichkeit euch in diesem Kampf um Brot und Arbeit trennen darf. Wir rufen euch alle, von Betrieb und Kasse, von der Scholle und vom Bürokessel, zum gemeinsamen revolutionären Kampf für diesen Plan der Arbeit!

Begreift aber auch, daß ihr alle vom Kapital ausgebeutet und ausgebeutet werdet, daß nur der revolutionäre Massenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und ihre imperialistischen Verbündeten den darbenenden Millionen deutscher Arbeiter Brot und Arbeit bringen kann. Im Verlauf dieses Kampfes werden Millionen deutscher Arbeiter erkennen, daß der Kampf um Brot zu gleicher Zeit der Kampf um die Macht ist.

Sie werden ebenso erkennen, daß Kampf um Arbeit und Brot bedeutet: Kampf für Eroberung der Herrschaft des Proletariats, für den Sozialismus, für die Volksrevolution zur Errichtung eines Sowjetdeutschland!

Kämpft gemeinsam mit uns für diesen Plan, der Millionen darbenenden Proletariern, Frauen und Kindern Arbeit und Brot schafft!

Mit Stolz fordern die Kommunisten das werktätige Volk auf, ihre Hilfe nach Sowjetrußland zu richten. In diesem Land der siegreichen Revolution, wo die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht in der Hand haben, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Dort ist eine gesunde Entwicklung des industriellen, sozialen und kulturellen Lebens. Dort ist der Siebenstundentag und die vierstündige Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich durchgeführt. Dort steigt der Reallohn des Arbeiters von Monat zu Monat.

Dort wird mit dem Aufbau des Sozialismus eine wirklich umfassende soziale Fürsorge auf Kosten des Sozialstaates für alle Arbeitenden geschaffen. Dieses leuchtende Beispiel der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das System der kapitalistischen Ausbeutung und Katastrophopolitik zeigt allen deutschen Werktätigen, daß der Weg aus dem Elend nur der Weg des rückwärtslosen revolutionären Klassenkampfes, nach dem Vorbild der russischen Arbeiter und Bauern, sein kann.

Deutsche Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land! Begreift, daß keine Parteilichkeit euch in diesem Kampf um Brot und Arbeit trennen darf. Wir rufen euch alle, von Betrieb und Kasse, von der Scholle und vom Bürokessel, zum gemeinsamen revolutionären Kampf für diesen Plan der Arbeit!

Begreift aber auch, daß ihr alle vom Kapital ausgebeutet und ausgebeutet werdet, daß nur der revolutionäre Massenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und ihre imperialistischen Verbündeten den darbenenden Millionen deutscher Arbeiter Brot und Arbeit bringen kann. Im Verlauf dieses Kampfes werden Millionen deutscher Arbeiter erkennen, daß der Kampf um Brot zu gleicher Zeit der Kampf um die Macht ist.

Sie werden ebenso erkennen, daß Kampf um Arbeit und Brot bedeutet: Kampf für Eroberung der Herrschaft des Proletariats, für den Sozialismus, für die Volksrevolution zur Errichtung eines Sowjetdeutschland!

IMB-Versammlung abgeblasen

So unterstützen die „linken“ Gewerkschaftsbundgen die Metallindustriellen!

Dresden, den 29. Mai.
Die Generalversammlungsdirektoren des IMB, die zu der letzten ordentlichen Generalversammlung kamen, fanden verschlossene Türen. Der Vorier teilte den empörten Arbeiterdelegierten mit, daß die Versammlung nicht stattfinden wird. Hier ist es, daß die IMB-Führung, die seit dem 20. Mai mit dem Nationalsozialistischen Dr. Frick in Verhandlung, nicht wagt, den Metallarbeitern unter die Augen zu treten. Die Kongresse wollen nicht, lassen sie der Stimmung der Arbeiter entsprechend „total“ ausfallen, kann heißt die Gefahr eines Streikaus-

bruches, der politisch für die Bourgeoisie und die SPD-Führer untragbar ist; sollen sie offen abbrechen, wie immer, wagt gerade angesichts des SPD-Parteitages auch unter den Metallarbeitern der Klassenkampf zur SPD und KPD. Die Arbeiter werden deshalb weiterhin nach Hause geschickt. So haben sich die Kongresse aus der Schlinge zu ziehen.

Die Metallarbeiter aber werden durch härtere Streikführung unter Führung des zentralen, vorbereitenden Kampfausschusses die Verschleierungstaktik der reformistischen Bürokratie durchkreuzen.

Rote Gegenaktion in Breslau

Sozialdemokratische Preußenregierung macht Faschisten den Weg frei!

Breslau, 29. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)
Obwohl die tschechische Bürgerkriegspropaganda des Stahlhelms erst am Sonntag beginnt, steht Breslau bereits im Zeichen der antisozialistischen Gegenmobilisierung der KPD und des Kampfbandes gegen den Faschismus. Die KPD hat einen Aufruf erlassen, in dem sie sich an alle Schichten der werktätigen Bevölkerung wendet, insbesondere an die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter und sie auffordert, den Aufruf der Mark- und Streikbrecherzenden des Stahlhelms mit einer wichtigen Gegenaktion der roten, antisozialistischen Einheitsfront zu beantworten. In Breslau und zahlreichen Provinzorten finden in diesen Tagen große Versammlungen statt.

len eine Versammlung abgehalten, nach deren Beendigung sie sich hart genug fühlten, Arbeiterpolitiken auf der Mittelstraße zu propagieren. Dabei kam es zu schweren blutigen Auseinandersetzungen. John Schmeer und Reichsbannerführer wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Ein tschechischer Nationalsozialist wurde von der erregten Menge niedergeschlagen und dabei getötet.

KPD-Erfolg im Konsumverein Halle

Konsumvereinspalter erneut aufs Haupt geschlagen

Am Dienstag fand die Vertreterversammlung des Allgemeinen Konsumvereins von Halle statt. Im sozialdemokratischen Volksblatt wurde am gleichen Tage an in einem großen Artikel unter der Schlagzeile „Heute fällt die Entscheidung über das Schicksal des KVB Halle“ die „Kloßeloge“ der Genossenschaftsopposition „strophisiert“. Von den SPD-Vertretern waren, trotz großer Anstrengungen ihrer Parteileitung, ganze 29 erschienen. Die Brandenburger brachten von ihren 31 Vertretern nur 14 auf die Reihe. Aber von den 103 Vertretern der revolutionären Genossenschaftsopposition waren 100 anwesend. Schon der 1. Antrag auf Entfernung zweier Genossenschaftsmitglieder, die die kommunistische Verwaltungsmittelglieder bei der Klassenjustiz denunzierten, brachte den Brandenburger und den Sozialfaschisten eine Niederlage; denn er wurde mit 101:1 Stimmen angenommen. Der Antrag der aus der KPD ausgestiegenen Renegaten, unter Führung des ehemaligen Gewerkschaftsleiterfräuleins Soth, auf „behutsame“ Unterwerfung unter die GCS-Bürokratie“ wurde mit 113:9 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der revolutionären Verwaltung, jede politische Unterwerfung unter die GCS abzulehnen und mit ihr nur über die Aufhebung der verhängenen Zwangsverpflichtung der Grundstücke des KVB zu verhandeln, wurde von 118 Vertretern angenommen. Ein brandenburgerischer Widerstandsaufruf gegen die kommunistische Verwaltung und Wiederannahme der ausgetretenen Genossenschaftsmitglieder wurde mit 101:1 Stimmen abgelehnt. Der Renegat Soth konnte die eckeligen Angriffe gegen die kommunistische Verwaltung nur unter höchstem Widerstand „bestanden“. Die Sozialdemokraten blamierten sich richtig, als sie — obwohl sie aufgefordert wurden in der Diskussion zu

sprechen — nicht wagten, aufzutreten und in ihrer Reichheit mit der Ablehnung die Vertreterversammlung verließ.“

Die Vertreterversammlung hatte der Verwaltung den Auftrag gegeben, ein Telegramm nach Hamburg zu schicken, in dem der GCS der Reichshalle der Vertreter des KVB Halle mitgeteilt wurde, daß der Vorstand des KVB Halle nach Hamburg über unterwegs sei, um mit der GCS die Verhandlungen über die Aufhebung des Zwangsverpflichtungstermins einzuleiten. Am Mittwoch dem 27. d. M. landete schon die Antwort von der GCS als dringendes Telegramm mit folgendem Inhalt: „Für Hypothekenzwecke ist die Forderung der Zwangsverpflichtungstermin für die Grundstücke des KVB Halle als erledigt zu betrachten. Die GCS-Bürokratie ist die Durchführung der Zwangsverpflichtungstermin eine langwierige Sache. Die sozialdemokratische Bürokratie will den Zusammenbruch des KVB Halle, um damit die Sparrer des KVB um Millionenbeträge zu bereichern.“

In der am 28. Mai folgenden Vergleichsverhandlung wurde deshalb der Antrag der KVB-Gläubiger, die Vergleichsverhandlungen zu vertagen, solange die Verhandlungen für Aufhebung der ausstehenden Zwangsverpflichtung nicht abgeschlossen durchgeführt sind, mit 5200 gegen 60 angenommen.

Beachtete die Vertreterversammlung der KVB Halle für die revolutionäre Genossenschaftsopposition einen glänzenden Erfolg. In dem Antwortschreiben der sozialdemokratischen GCS-Bürokratie an den KVB Halle eine erneute Ohrfeige für die Unfähigkeit der Politik der Brandenburger. Für die GCS-Bürokratie ist die Durchführung der Zwangsverpflichtungstermin eine langwierige Sache. Die sozialdemokratische Bürokratie will den Zusammenbruch des KVB Halle, um damit die Sparrer des KVB um Millionenbeträge zu bereichern. Die in Schwarzgeldern ein erneutes schändliches Exempel zu setzen — und ihren brandenburgerischen Verbündeten gilt es, gründlich Abrechnung zu halten.

12 Monate Festung für 4 „Rote Reiter“

Die Furcht vor der kommunistischen Zerlegung

Heftig fand die Verhandlung statt gegen die Rüstungsmaschinen „Rote Reiter“, über die wir leinerzeit berichteten. 4 Angehörige des Reiterregiments 9 hatten sich vor dem Schöffengericht Rüstungsmaschinen zu veranlassen und wurden, ohne daß ihnen die „kommunistische Zerlegung“ nachgewiesen werden konnte, wegen „Nichtbefolgung militärischer Befehle“ insgesamt zu 15 Monaten Festung verurteilt.

Im einzelnen erhielt ein Unteroffizier 6 Monate, 4000 Geleitete 4 bzw. 3 Monate und ein Obergeleiteter 2 Monate Festung. Die drei ersten Angeklagten werden behauptet, daß einer in ihren Besitz gelangten Schrift „Der rote Reiter“ über Verbrechen keine Meldung gemacht zu haben. Der Obergeleitete hatte das Verbrechen begangen, in einem Lokal mit einem Kommunisten zu sprechen, ohne diesen Vorfall zu melden. In der Urteilsbegründung wurde der Sorge Ausdruck gegeben, daß die Armee im Ernstfall nicht mehr zuverlässig sei, wenn der „kommunistischen Zerlegung“ nicht energig entgegengetreten wird. Die leinerzeit in dieser Angelegenheit verhafteten Arbeiter befinden sich immer noch in Untersuchungshaft. Ihnen soll in nächster Zeit vom Reichsgericht Leipzig ein Prozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat gemacht werden.

Blutige Zusammenstöße in Hagen

Heftig nach kam es in Hagen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Faschisten. Die Nazis hat-

ten eine Versammlung abgehalten, nach deren Beendigung sie sich hart genug fühlten, Arbeiterpolitiken auf der Mittelstraße zu propagieren. Dabei kam es zu schweren blutigen Auseinandersetzungen. John Schmeer und Reichsbannerführer wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Ein tschechischer Nationalsozialist wurde von der erregten Menge niedergeschlagen und dabei getötet.

12 Monate Festung für 4 „Rote Reiter“

Die Furcht vor der kommunistischen Zerlegung

Heftig fand die Verhandlung statt gegen die Rüstungsmaschinen „Rote Reiter“, über die wir leinerzeit berichteten. 4 Angehörige des Reiterregiments 9 hatten sich vor dem Schöffengericht Rüstungsmaschinen zu veranlassen und wurden, ohne daß ihnen die „kommunistische Zerlegung“ nachgewiesen werden konnte, wegen „Nichtbefolgung militärischer Befehle“ insgesamt zu 15 Monaten Festung verurteilt.

Im einzelnen erhielt ein Unteroffizier 6 Monate, 4000 Geleitete 4 bzw. 3 Monate und ein Obergeleiteter 2 Monate Festung. Die drei ersten Angeklagten werden behauptet, daß einer in ihren Besitz gelangten Schrift „Der rote Reiter“ über Verbrechen keine Meldung gemacht zu haben. Der Obergeleitete hatte das Verbrechen begangen, in einem Lokal mit einem Kommunisten zu sprechen, ohne diesen Vorfall zu melden. In der Urteilsbegründung wurde der Sorge Ausdruck gegeben, daß die Armee im Ernstfall nicht mehr zuverlässig sei, wenn der „kommunistischen Zerlegung“ nicht energig entgegengetreten wird. Die leinerzeit in dieser Angelegenheit verhafteten Arbeiter befinden sich immer noch in Untersuchungshaft. Ihnen soll in nächster Zeit vom Reichsgericht Leipzig ein Prozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat gemacht werden.

Blutige Zusammenstöße in Hagen

Heftig nach kam es in Hagen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Faschisten. Die Nazis hat-

ten eine Versammlung abgehalten, nach deren Beendigung sie sich hart genug fühlten, Arbeiterpolitiken auf der Mittelstraße zu propagieren. Dabei kam es zu schweren blutigen Auseinandersetzungen. John Schmeer und Reichsbannerführer wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Ein tschechischer Nationalsozialist wurde von der erregten Menge niedergeschlagen und dabei getötet.

Heftig nach kam es in Hagen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Faschisten. Die Nazis hat-

In der ge...
minister C...
senler Tagun...
bericht erstatt...
Ausproch...
Nunminister...
tat ein übrig...
Reichsregieru...
Die Vert...
Genj soll ent...
der Hall Curt...
Der unüberh...
Drang nach E...
Erfolgerung...
macht der deu...
jünglinge...
Die volle...
Kantat alle...
Der Kar...
Bourgeoispre...
Beweggründe...
eine schmerz...
verlangen ei...
ziehungen. I...
Berle sind, u...
„Kritische...
mann lie die...
Hag im Zen...
Die Ver...
Niederlage r...
neuen Rote...
Jued sollte...
Gleichgel...
der Stagn...
Unfähigkeit...
euchepolitik...
teressen des...
brachend...
Der Hall...
größter Schw...
lungen, die...
deutschen Lu...
Stachol...
und Sager...
Zentralen...
national...
die Arbeit...
Das He...
bezu, daß...
ichen Rüh...
reiben. Er...
Ordnung...
die annähe...
ist ausgegl...
Der S...
Solidarität...
nicht mit...
Glag melde...
Ramon...
digen beg...
eorch...
Hörderung...
4000 Arbeit...
General...
matisch zur...
Bar...
Der Ron...
20. Fort...
Der j...
HID. Er...
versammlu...
es bestimm...
„Der...
„Re...“...
wicht ihr...
die Ohren...
lehen —...
Zukunft!“...
Auf...
Kritikere...
mehr, er...
traulich a...
blenden...
„Genoss...“...
Stimmen...
Ihn und...
„Ful...
er lagte...
Drau...
In der K...
Tempel...
tote Fuch...
Das...
manchmal...
Sunt...
die Man...
Drückte